



Medienmitteilung

Zürich, 1. September 2022

Beschlüsse der Kommissionen

ABG: Geschäftsbericht 2021 der Zürcher Fachhochschule soll genehmigt werden

Die Aufsichtskommission für Bildung und Gesundheit (ABG) beantragt einstimmig, den Geschäftsbericht der Zürcher Fachhochschule (ZFH) zu genehmigen ([5815](#)). Unter dem Dach der ZFH sind drei Institutionen zusammengefasst, die Zürcher Hochschule der Angewandten Wissenschaften (ZHAW), die Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK) und die Pädagogische Hochschule Zürich (PHZH). Gestützt auf die bisherigen Erfahrungen aus der Corona-Pandemie konnten die Fachhochschulen die andauernden Herausforderungen in einem weiteren Pandemiejahr gut meistern. Alle drei Fachhochschulen haben zudem das Akkreditierungsverfahren erfolgreich abgeschlossen, womit die Voraussetzungen für das Bezeichnungsrecht und die Gewährung von Bundesbeiträgen erfüllt sind.

ABG-Präsidentin: Claudia Frei-Wyssen (GLP, Uster), 078 684 77 28

ABG: Geschäftsbericht 2021 der Universität soll genehmigt werden

Die Aufsichtskommission für Bildung und Gesundheit (ABG) beantragt einstimmig, den Geschäftsbericht der Universität Zürich (UZH) zu genehmigen ([5816](#)). Die UZH hat das institutionelle Akkreditierungsverfahren erfolgreich durchlaufen und ist Anfang 2022 ohne Auflagen akkreditiert worden. Mit über 28 000 Studierenden wurde trotz Corona-Pandemie ein neuer Höchststand erreicht. Diese erfreuliche Entwicklung wird vom Ausschluss der Schweiz von «Horizon Europe» getrübt, was zu beträchtlichen Einschränkungen für die Forschenden der UZH führt. Damit erhalten strategische Schwerpunkte wie die Nachwuchsförderung oder die Digitalisierung noch stärkere Bedeutung.

ABG-Präsidentin: Claudia Frei-Wyssen (GLP, Uster), 078 684 77 28

ABG: Geschäftsbericht 2021 des Universitätsspitals soll genehmigt werden

Die Aufsichtskommission für Bildung und Gesundheit (ABG) beantragt einstimmig, den Geschäftsbericht des Universitätsspitals Zürich (USZ) und den Bericht über die Umsetzung der Eigentümerstrategie für das Jahr 2021 zu genehmigen ([5828](#)). Die andauernde Corona-Pandemie hat den Mitarbeitenden wiederum aussergewöhnliche Leistungen abverlangt, denn sie mussten sich um die medizinisch schwersten Fälle kümmern. Das USZ hat die Herausforderungen infolge verschiedener negativer Vorkommnisse im Vorjahr angenommen und Reformen eingeleitet. So wurde unter anderem die Ärztliche Direktion neu ausgerichtet, das Kerngeschäft neu strukturiert und die Corporate Governance gestärkt. Gleichzeitig wurden grosse bauliche Investitionen vorangetrieben, was die Unternehmensrechnung erheblich belastet.

ABG-Präsidentin: Claudia Frei-Wyssen (GLP, Uster), 078 684 77 28



ABG: Geschäftsbericht 2021 der PUK soll genehmigt werden

Die Aufsichtskommission für Bildung und Gesundheit (ABG) beantragt einstimmig, den Geschäftsbericht der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich (PUK) und den Bericht über die Umsetzung der Eigentümerstrategie für das Jahr 2021 zu genehmigen ([5829](#)). Zur besseren Bewältigung der Corona-Pandemie wurden Kapazitäten für das Home Treatment und die ambulante Versorgung von Kindern und Jugendlichen ausgebaut. Zudem wurde die Konsolidierung des Unternehmens, welches auf viele Standorte verteilt ist, insbesondere mit Investitionen in die Standorte Lengg und Rheinau vorangetrieben.

ABG-Präsidentin: Claudia Frei-Wyssen (GLP, Uster), 078 684 77 28

ABG: Geschäftsbericht 2021 des Kantonsspitals Winterthur soll genehmigt werden

Die Aufsichtskommission für Bildung und Gesundheit (ABG) beantragt einstimmig, den Geschäftsbericht des Kantonsspitals Winterthur (KSW) und den Bericht über die Umsetzung der Eigentümerstrategie für das Jahr 2021 zu genehmigen ([5830](#)). Trotz Corona-Pandemie, welche die Mitarbeitenden stark belastete, konnte mit der Inbetriebnahme des Ersatzneubaus «didymos» ein betrieblicher Meilenstein gefeiert werden. Erfreulicherweise konnte das KSW trotz verschiedener Belastungen ein finanziell positives Ergebnis erwirtschaften.

ABG-Präsidentin: Claudia Frei-Wyssen (GLP, Uster), 078 684 77 28

ABG: Geschäftsbericht 2021 der ipw soll genehmigt werden

Die Aufsichtskommission für Bildung und Gesundheit (ABG) beantragt einstimmig, den Geschäftsbericht der Integrierten Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland (ipw) und den Bericht über die Umsetzung der Eigentümerstrategie für das Jahr 2021 zu genehmigen ([5831](#)). Zur Bewältigung der andauernden Corona-Pandemie wurde das ambulante Angebot erweitert, ein Walk-in Kriseninterventionszentrum eröffnet und das stationäre Angebot in der Kinder- und Jugendpsychiatrie ausgebaut. Zudem wurde die schweizweit erste Tagesklinik für Traumafolgestörungen eröffnet.

ABG-Präsidentin: Claudia Frei-Wyssen (GLP, Uster), 078 684 77 28

KPB: Umgestaltung der Bremgartnerstrasse in Dietikon soll bewilligt werden.

Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, den Objektkredit von 17'498'000 Franken für die Umgestaltung der Bremgartenstrasse in Dietikon zu bewilligen ([5799](#)). Die Bremgarten-Dietikon-Bahn bedient als S17 des Zürcher S-Bahn-Netzes die Bahnlinie zwischen Dietikon und Wohlen. Der Streckenabschnitt Bremgarten–Dietikon ist zu einem grossen Teil einspurig trassiert, doch verschiedene Doppelspurabschnitte sowie Kreuzungsstationen ermöglichen den 15-Minuten-Takt in den Spitzenzeiten. Das wenig flexible Betriebsregime ist allerdings verspätungsanfällig. Zudem verkehrt die S17 in Dietikon abschnittsweise in Gegenrichtung zu den übrigen Strassenverkehrsteilnehmenden, was zu gegenseitigen Behinderungen führt. Die Folge sind zusätzliche Zugverspätungen und unerwünschte Rückstaus im Strassennetz. Ein Ausbau des heute einspurigen Trassees auf dem Gebiet der Stadt Dietikon zur Doppelspur soll die Fahrplanstabilität der S17 verbessern und eine zuverlässigere Anschlusssituation für die im



Kantonsrat
Zürich

Parlamentsdienste

Limmattal verkehrenden S-Bahnen, die neue Limmattalbahn und die verschiedenen Buslinien schaffen.

KPB-Präsident: Andrew Katumba (SP, Zürich), 079 336 28 82

Auf dem vorliegenden Bulletin sind alle publikationsreifen Beschlüsse festgehalten, die seit dem letzten Bulletin von Kommissionen gefasst und noch nicht kommuniziert wurden.